

Rolle rückwärts

Aus politischem Kalkül rücken immer mehr Bundesländer vom achtjährigen Gymnasium ab und bieten wieder G9-Optionen. Doch die neuerliche Reform macht den Murks nur schlimmer: Von einem einheitlichen Schulsystem ist die Bundesrepublik weiter entfernt denn je.

Wenn Politik es allen recht machen will, irrt sie zumeist. Den Preis für die Zufriedenheit muss dann das Gemeinwesen bezahlen.

Jule Dittmer und Tim Falckenthal brauchen sich für solche Einsichten nicht mehr zu interessieren. Beide werden in diesem Schuljahr ihr Abitur ablegen, sie will dann als Au-pair oder für ein soziales Jahr nach Brasilien gehen, er durch Italien reisen.

Jule ist 17 Jahre alt, Tim 18. Jule rutscht beim Reden auf ihrem Stuhl hin und her und gestikuliert so lebhaft, dass ihre Armeifen ständig aneinanderklirren, wenn sie spricht. Klar habe sie manchmal pauken müssen, als ihre Freunde schon im Freibad herumlagen, sagt die Schülerin, aber: „Ich habe gelernt, mir meine Zeit gut einzuteilen.“

Tim hingegen sagt: „Ich brauche einfach viel Zeit für mich.“ Er genoss es,

dass er nach sechs Stunden Schule und Hausaufgaben noch ein bisschen entspannen konnte, bevor er zum Fußballtraining fuhr. Er spielte lange als Innenverteidiger beim FC Union Tornesch, in der Position braucht man Ruhe und Übersicht.

Jule Dittmer entschied sich dafür, das Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasium im schleswig-holsteinischen Barmstedt in acht Jahren zu absolvieren, Tim Falckenthal in neun. An der Lehranstalt

Fünftklässler am Justus-Knecht-Gymnasium in Bruchsal, Rektor Gaal: Zwei Geschwindigkeiten, zwei Schulkonzepte, zwei Studentafeln



mit 770 Schülern nordwestlich von Hamburg ist beides möglich. Beide Gymnasien sind glücklich mit ihrer Wahl. Alles gut also?

Das ist die Version, die Bildungspolitiker gern erzählen, wenn sie es allen recht machen wollen, den Schülern, deren Eltern, all den Unzufriedenen. In Schleswig-Holstein heißt das Mittel dazu „Y-Gymnasium“ – der nach oben gespreizte Buchstabe steht für zwei Optionen. Bayerns Kultusminister spricht stattdessen von einem „Flexibilisierungsjahr“, seine Kollegen in Hessen und Baden-Württemberg nennen es „Wahlfreiheit“ oder „alternativer Weg“. Das Prinzip ist dasselbe: In immer mehr Bundesländern sollen Schüler künftig die Wahl haben, ob sie nach acht oder neun Jahren das Abitur anstreben.

Nicht weniger als eine grundlegende Reform der Reform zeichnet sich ab. Noch bevor überall der doppelte Abiturjahrgang abgeschlossen hat (siehe Karte Seite 39), läuft schon die Rolle rückwärts.

In Schleswig-Holstein überlässt das Schulgesetz den Gymnasien die Entschei-

dung über die Schuldauer. In Nordrhein-Westfalen, ebenfalls rot-grün geführt, existieren ein Dutzend G9-Modellversuche. In Baden-Württemberg bieten seit September 22 Gymnasien in allen Regierungsbezirken eine neunjährige Option an. Mindestens noch einmal so viele werden 2013 dazukommen, die mitregierende SPD will die Zahl der teilnehmenden Gymnasien weiter erhöhen.

Selbst in Bundesländern, die bisher stramm auf G8-Kurs waren, machten die Landesregierungen unlängst Zugeständnisse. Bayerns CSU-Regierung hat in Aussicht gestellt, dass ab 2013 „Schüler, die in ihrer Entwicklung mehr Zeit brauchen“, ein Zusatzjahr in der Mittelstufe absolvieren dürfen.

Und auch Hessens FDP-Kultusministerin Nicola Beer wird Eltern an einigen Gymnasien eine „erweiterte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9“ einräumen. Oppositionsführer Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) kündigte derweil an, „den Murks mit G8“ ganz zu beenden.

Das Kalkül der Landespolitiker ist klar, es geht um Stimmen. In Bayern und Hessen wird in rund einem Jahr ein neuer Landtag gewählt. Die G8-Reform ist enorm unpopulär. Das Kürzel hat beim Wähler mittlerweile einen Klang wie Kreditderivate nach der Finanzkrise: eine pädagogische Massenvernichtungswaffe, die Schülern Lebenszeit raubt und sie bis in die Nacht über ihren Hausaufgaben an den Schreibtisch fesselt.

Die Regierungschefs Horst Seehofer (CSU) und Volker Bouffier (CDU) wissen, dass Schulpolitik oft Landtagswahlen entscheidet, deshalb drückten sie ihren Kultusministern G9-Initiativen auf. Mit Schrecken denken die Ministerpräsidenten an die vergangenen Abstimmungen, als der Anti-G8-Protest seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. 2008 verlor die CSU im Freistaat 17 Prozent, in Hessen wählten die Wutmütter und -väter den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) fast aus dem Amt.

„Die Eltern wollen ihren Kindern ein Jahr mehr Schulzeit gönnen, damit der Alltag nicht so gedrängt ist“, sagt Uta Sonnenberger, Leiterin des Gymnasiums Lohmar zwischen Köln und Bonn, welches als eine von zwei Schulen in Nordrhein-Westfalen beide Varianten anbietet. Sie könne sich vor Anmeldungen kaum retten und müsse Interessenten abweisen, die ihre Kinder von weit her an die Schule schicken wollten.

Die Präferenz der Eltern scheint klar. In einer Umfrage des Instituts TNS Emnid für einen Spielzeugversand stimmten 79 Prozent der Eltern der Aussage zu: „Nur acht Jahre für das Gymnasium sind zu kurz. Man sollte wieder zum neunjährigen Gymnasium zurückkehren.“ Allerdings wünschten sich in derselben Erhebung auch 74 Prozent der Befragten,



Unionsministerpräsidenten Bouffier, Seehofer Zugeständnisse an die Wuteltern

„dass in allen Bundesländern die gleichen Bedingungen herrschen“.

Jedoch: Beides zusammen geht nicht, denn die ostdeutschen Bundesländer sind zufrieden mit ihrer G8-Tradition. Aber auf diesen Widerspruch wagen die Bildungspolitiker die Wähler nicht hinzuweisen. Stattdessen kuschen sie vor dem vermeintlichen Willen des Souveräns.

Der Preis für den Populismus ist absehbar, künftige Schülergenerationen werden ihn bezahlen müssen. Mit den umfangreichen Ausnahmen vom G8-Gymnasium wird der föderale Irrgarten noch unübersichtlicher werden. Künftig wird ein Schulwechsel zu noch größeren Komplikationen führen; wenn er etwa von einem Bundesland zum anderen führt oder auch nur von einer G9- zu einer G8-Schule – ja sogar der Wechsel von einem G8 in einen G9-Zug an ein und derselben Schule droht ein Staatsakt zu werden.

Vor einigen Wochen haben die Kultusminister einheitliche Standards für die gymnasiale Oberstufe beschlossen, ab 2014 soll es in einigen Bundesländern vergleichbare Abituraufgaben geben. Doch der Weg zum Reifezeugnis wird je nach Wohnort einer Familie unterschiedlich aussehen und verschiedene lange dauern – von gleichen Bedingungen keine Spur.

„Hier zeigt sich der Bildungsföderalismus mal wieder von seiner schwachen Seite“, kritisiert Hans-Peter Vogeler, 53, Vorsitzender des Bundeselternrats. „G8 ist schlampig und überhastet eingeführt worden, diese Fehler mussten unsere Kinder ausbaden.“ Nun versuche jedes Bundesland auf seine Weise, „Druck aus dem Kessel zu nehmen“. Diese „unkoordinierten Aktionen“ würden „die Eltern nur noch mehr verunsichern“.

Die Bildungspolitiker drücken sich davor, den Eltern zu sagen, dass deutschlandweit einheitliche Bedingungen und G9 miteinander nicht vereinbar sind. Sie wälzen die Entscheidung auf die Schulen ab – das Ergebnis ist Wurstelei statt Ver-



THOMAS KLING

lässlichkeit. „G8 muss im Grundsatz bestehen bleiben, die Bundesländer dürfen nicht hin- und herschwanken“, fordert Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

Selbst die Bundesbildungsministerin übt Kritik, obwohl ihre Parteifreunde einige der Umfaller-Länder regieren. „Ich befürchte, dass solche Schritte eher eine kontinuierliche und pädagogische Weiterentwicklung von G8 verhindern“, sagt Unionsfrau Annette Schavan. Die Gefahr sei, „dass wir zu einem noch vielgestaltigeren Flickenteppich in Deutschland kommen, als wir ihn sowieso schon haben“.

Ministerin Schavan plädiert stattdessen dafür, das bestehende achtjährige Gymnasium zu verbessern. „Das heißt, nicht einfach von neun auf acht Jahre zu kürzen, sondern über die pädagogische Verfassung des Gymnasiums und über den Umgang mit Zeit zu reden.“

Dass Bundesländer mit achtjährigem Gymnasium erfolgreich sein können, zeigt das gute Abschneiden von Sachsen und Thüringen bei Bildungsvergleichen wie Pisa. Eine gewisse Ruhe vor Strukturreformen wirkt sich offenbar positiv auf Schülerleistungen aus.

Die Bildungsverantwortlichen in Ostdeutschland waren sich immer sicher, dass zwölf Jahre genügen. Dort beschwerten sich kaum Schüler, Eltern oder Lehrer über kindheitsraubenden Stress, von dem sich die Jammer-Wessis geplagt fühlen. Überdies wissen sich die Ostländer im Einklang mit internationalen Standards: Ein 13. Schuljahr leisten sich in Europa neben den Deutschen nur noch die Niederlande, Italien sowie wenige andere Länder.

Die Leistungen der Schüler müssen nicht unter einer verkürzten Gymnasialzeit leiden, das belegt eine Studie, die diese Woche in Hamburg vorgestellt wird. Die Kess-Erhebung („Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“) attestiert heutigen G8-Gymnasiasten der Jahrgangsstufe 12 ein höheres Leistungsniveau als früheren Gymnasialschülern der Jahrgangsstufe 13.

Unstrittig ist aber auch: Die Einführung von G8 war vielerorts ein Fiasko, weil alles zu schnell gehen musste. Nicht einmal ein Jahr verging etwa in Bayern zwischen dem Beschluss der Landesregierung und dem ersten Schuljahr nach G8-Spielregeln an den Gymnasien – Eltern und Schüler fühlten sich, als hätte man ihnen eilig etwas übergestülpt.

Bis heute sind die Probleme nicht beseitigt. In Bayern etwa fielen in diesem Jahr viermal so viele Schüler durchs Abi-

tur wie im letzten G9-Jahr 2011. In Hessen blieben anteilmäßig doppelt so viele G8-Schüler in der neunten Klasse sitzen wie G9-Schüler. Deutlich mehr unfreiwillige Ehrenrunden gibt es bei G8 auch in den Stufen 5 bis 8.

Der Ruf der Reform ist so schlecht, dass sich manche Mütter und Väter ganz dem Kampf gegen das achtjährige Gymnasium verschreiben. Astrid Schulz-Evers, 50, Sprecherin der Elterninitiative „G9 – jetzt!“, ist sich sicher: „G8 schadet der Gesellschaft.“ Schädlich sei der schwere Bücherrucksack, den ihr Sohn, ein Achtklässler, jeden Tag zur Schule schleppen müsse. Schädlich sei auch, dass sein Sozialleben leide. Die langen Schultage gefolgt von einem Hausaufgaben-Marathon im Kinderzimmer ließen kaum

Löchern, die Nachhilfestunden ins Familienbudget reißen. Die kollektive Erfahrung ist: G8 verursacht Ärger.

Die G9-Züge sind hingegen populär. In Baden-Württemberg konnten von den 22 Gymnasien, die beide Möglichkeiten anbieten, nur 3 ebenso viele G8-Klassen füllen wie G9-Klassen. 12 haben mehr G9-Klassen, in 7 fanden sich noch nicht einmal ausreichend Freiwillige für einen einzigen G8-Zug.

Auch am Justus-Knecht-Gymnasium im badischen Bruchsal gibt es in der fünften Stufe nun zwei G8-Klassen und fünf G9-Klassen. So seien eben die Prioritäten der Eltern, sagt Schulleiter Hanspeter Gaal.

Für ihn und seine Kollegen verursache die Umstellung viel Arbeit. Ihr Aufwand



G8-Gymnasiastin Dittmer, G9-Gymnasiast Falckenthal: Zeit einteilen oder Zeit haben?

Raum, sich bei den Rettungsschwimmern oder der Freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Diesen Sommer hat sie ihn vom Sportverein abgemeldet.

Auch für kleinere Jobs fehle die Muße. „Welches Kind hat denn noch Zeit, den Hund der Nachbarin auszuführen oder sich als Babysitter oder Zeitungsausträger ein Extra-Taschengeld zu verdienen?“, fragt Schulz-Evers. Den jüngeren Sohn hat sie deshalb gleich an einem der beiden Gymnasien im Kreis Plön in Schleswig-Holstein eingeschult, die wieder G9 anbieten. „Ich will nicht, dass ihm G8 einen wichtigen Teil der Kindheit klaut.“

Solche Erzählungen hört dutzendumf, wer mit Eltern von Gymnasiasten spricht. Sie handeln von Kämpfen um die Hausaufgaben am Küchentisch, von Bauchschmerzen vor Klassenarbeiten und von

lässt ungefähr erahnen, was auf Deutschlands Schulen zukommen würde, wenn sie flächendeckend beide Alternativen anbieten würden. In Bayern warnt der Lehrerverband bereits vor einem „organisatorischen Kraftakt“.

Am Knecht-Gymnasium gibt es nun zwei verschiedene Geschwindigkeiten, zwei Schulkonzepte, zwei Stundentafeln. Die Stundenpläne sind mehrfarbig gestaltet, damit die Pädagogen überhaupt noch durchblicken.

„Ziel eines G9-Zuges ist die Entschleunigung“, heißt es in dem einen Schulkonzept, welches „individuelle Reifungsprozesse“ und die „unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien“ betont. Das G8-Papier proklamiert den „Sieben-Stunden-Vormittag“ und lockt mit zusätzlichen Wahlfächern für den Nachmittag,

darunter Computeralgebra und Darstellende Geometrie.

Die G8-Schüler haben in der fünften Klasse 31 Wochenstunden Unterricht, die G9-Schüler nur 28, die Differenz wächst in den folgenden Klassen auf vier bis fünf Mehrstunden pro Woche. Die G9-Schüler beginnen später mit Geschichte, Gemeinschaftskunde und der zweiten sowie dritten Fremdsprache – dafür vertiefen sie das Lernen in den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache.

In der grün-roten Koalition Baden-Württembergs ist diese Schulstunden-Schieberei umstritten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann, ein ehemaliger Gymnasiallehrer, und seine Grünen-Fraktion sperren sich dagegen, den Schulver-

Gymnasialer Flickenteppich

Erster Abschlussjahrgang mit Abitur nach 12 Schuljahren (G8)



sich auszuweiten. Die SPD will den Wählern noch mehr Zucker geben: Wenn man die „Politik des Gehörtwerdens“ ernst nehme, so Fraktionschef Claus Schmiedel, dann müsse es noch mehr Schulen mit G9-Optionen im Ländle geben.

Ob die Advokaten des Langsamen dem deutschen Schulsystem einen Gefallen tun, ist fraglich. Bildungsexperten prophezeien, dass auf diese Weise die Stress-Symptome kaum nachlassen werden.

„Beansprucht fühlen sich Schüler vor allem dann, wenn sie sich einem hohen Leistungsdruck ausgesetzt sehen und an der Relevanz der schulischen Lerninhalte zweifeln“, stellten die Schulforscher Wilfried Bos und Horst Weishaupt bereits 1999 in einem Vergleich zwischen Gymnasien von acht und neun Jahren Dauer fest. Die Schuldauer sei für das Stress-Le-

vel zweitrangig, die Schüler betrachteten überall „die für schulische Aktivitäten benötigte Zeit als notwendiges Übel der Schullaufbahn“.

Viel wichtiger, als an den Stunden-tafeln herumzudoktern, wäre es, die Lehrpläne endlich gründlich zu entschlacken. Doch dazu konnten sich die Kultusminister bislang nicht konsequent durchringen – zu viel gilt als unverzichtbar.

Die Lehrpläne sind oft weiterhin proppevoll. „Die vom bayerischen Kultusministerium behauptete Überarbeitung der Lehrpläne mit Kürzungen der Lehrinhalte hat nicht stattgefunden“, sagt Dagmar Kallup, 52, Gründerin der Elterninitiative „Bessere Bildungspolitik in Bayern“ und Mutter eines G8-Abiturienten.

Zwar verkündete das Münchner Ministerium zu Beginn des Schuljahrs, man habe in 11 von 25 Fächern gekürzt. Doch das heißt, dass in den meisten Fächern die Last gleich bleibt, die Kultusbürokraten verringerten die Stoffmenge vor allem in Fächern wie Informatik oder Religion. Die besonders anstrengende Mittelstufe wurde kaum entlastet.

Klaus Wenzel, der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, findet noch immer reichlich „totes und träges Fakten- und Vorratswissen“ in den Lehrplänen. Allein 27 verschiedene historische Kriege würden in diversen Fächern bis zum Abitur behandelt. Die zugehörige Pädagogik bezeichnet Wenzel als „Bulimie-Lernen“: „Die Schüler fressen den Lernstoff in sich hinein und spucken ihn für Tests und Klausuren wieder aus.“

Elternbeirätin Claudia Köhler hält die Korrekturen am achtjährigen Gymnasium für „pure Augenwischerei“. G8 „war ein Fehler“, ist sich Köhler sicher. Trotzdem will sie nicht einfach zurück zum Althergebrachten, sie hat Angst vor dem „totalen Chaos“, das ausbrechen würde.

Köhler ist Mutter von drei Söhnen, die alle das Gymnasium Unterhaching bei München besuchen. „Dass die Kinder alles auswendig lernen und sofort wieder vergessen, war auch schon früher so“, sagt sie. Neu ist, dass Eltern wie sie ihre Zeit zu einem Gutteil dem schulischen Vorankommen der Sprösslinge widmen. Die selbständige Marketing-Fachfrau gibt ihren Söhnen und einigen Klassenkameraden Latein-Nachhilfe und koordiniert das Freizeitprogramm.

„Wir müssen unseren Kindern viel mehr helfen, als unsere Eltern uns geholfen haben“, sagt Köhler. In der Mittelstufe hätten viele Kinder wegen schlechter Noten in Mathematik das Gymnasium verlassen müssen, die Oberstufener seien frustriert, weil sie ihre Fächer kaum wählen können. „Warum muss ein guter Ingenieur ein barockes Gedicht interpretieren können?“, kritisiert Köhler den ausufernden Abi-Stoff.

Doch anstatt die Diskussion um Inhalte zu führen, rühren die Politiker erneut an den Strukturen – und beschädigen damit womöglich eine neue zweigliedrige Schulstruktur, die sich gerade bundesweit durchsetzt.

Vom G8-Zeitdruck profitiert in vielen Bundesländern der zweite Schultyp neben dem Gymnasium. In Hessen und Nordrhein-Westfalen sind dies die Gesamtschulen, in Hamburg die Stadtteilschulen, in Schleswig-Holstein die Gemeinschaftsschulen. Diesen Schulformen ist gemeinsam, dass sie ebenfalls zum Abitur führen können, nur in längerer Zeit.

Die Vorliebe für den langsamen Weg entlastete zuletzt die überlaufenen Gymnasien. Wegen G8 entdeckten Schüler und Eltern, dass es nicht immer das Gymnasium sein muss. Doch in Zukunft werden sich wohl weniger Familien für diese Alternativen entscheiden. Die Gymnasialquote dürfte steigen, das Ansehen des anderen Schultyps wieder sinken.

Sollte sich die G9-Option flächendeckend durchsetzen, wäre sogar eine Renaissance des dreigliedrigen Schulsystems zu befürchten, welches die Schulpolitiker

Anstatt die Diskussion um Inhalte zu führen, rühren die Politiker erneut an den Schulstrukturen.

mit gutem Grund gerade abschaffen. Der neue Dreiklang hieße dann nicht mehr Gymnasium, Realschule, Hauptschule, sondern G8-Gymnasium, G9-Gymnasium und Restschule, welchen Namen auch immer diese dann trägt.

Vor lauter unangenehmen Alternativen steht deshalb wieder einmal der Schulleiter Wolf Salbrecht vom Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasium in Barmstedt. Anders als ihre schwarz-gelbe Vorgängerregierung möchte die SPD-geführte Koalition in Kiel das Y-Modell nun wieder abschaffen, spätestens zum Schuljahr 2014/15 soll Schluss sein, Salbrecht muss sich bald auf einen Weg festlegen.

„Wenn wir uns für G9 entscheiden, dann machen wir der Gemeinschaftsschule am Ort eine Kampfansage“, sagt der Schulleiter. „Und entscheiden wir uns für G8, missachten wir den Mehrheitswillen der Eltern.“

Salbrecht ist seit eineinhalb Jahrzehnten im Amt und die ständig wechselnden Direktiven allmählich leid. „Was die Landesregierungen in den vergangenen Jahren veranlasst haben, hat in den Schulen zu erheblicher Unruhe geführt“, beklagt der Direktor. „Wir brauchen eigentlich ganz dringend Kontinuität.“

JAN FRIEDMANN, SIMONE KAISER, ANNA KISTNER, PATRICK KREMERS